

EDITORIAL

EURO 2012 für Polen und die Ukraine

Die gute Nachricht kam am 18. April: Die Fußball-Europameisterschaft 2012 wird von Polen und der Ukraine ausgerichtet. Die Freude in beiden Ländern, nicht nur der Fußballfans, kannte an diesem Tag keine Grenzen. Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski sprach von „einem schönen Tag für den Sport in Polen“, und der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko sah die Vergabe als „eine einmalige Chance, Europa die slawische Gastfreundschaft und Kultur zu präsentieren“.

Von der Europameisterschaft erhoffen sich beide Länder für die kommenden fünf Jahre einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Errichtung von neuen modernen Fußballstadien, der Bau von lang ersehnten Autobahnen und der Besuch von Millionen Touristen aus ganz Europa werden in beiden Volkswirtschaften wesentlich zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung beitragen. Für beide Länder, die sich gerade in politisch unsicheren Zeiten befinden, vor allem aber im Hinblick auf die europäische Integration der Ukraine, konnte kein besseres Zeichen der Anbindung an Westeuropa gesetzt werden. EL

IN DIESER AUSGABE

Zur kulturellen und institutionellen Dimension des europäischen Integrationsprozesses	Seite 1/2
Arbeitskräftemobilität im Ostseeraum	Seite 3
Rohstoffe bleiben teuer	Seite 4
Kräftiger Aufschwung trägt über 2007 hinaus	Beilage I/II

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Zur kulturellen und institutionellen Dimension des europäischen Integrationsprozesses

Mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union (EU) zum 1. Januar 2007 hat die EU-Osterweiterung einen vorläufigen Abschluss gefunden. Die Chancen, aber auch Schwierigkeiten des europäischen Integrationsprozesses gerade für die Länder in Ostmittel- und Osteuropa sind eng verbunden mit den jeweiligen historischen Kontexten und den kulturellen Bedingungen. Diese Einsicht ist in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion über die Erweiterung und Vertiefung der EU bisher kaum thematisiert worden. Von Nils Goldschmidt und Joachim Zweynert

Um die kulturelle und institutionelle Dimension des europäischen Integrationsprozesses und dessen wirtschaftspolitische Relevanz eingehend zu untersuchen, haben das HWWI und die Universität Hamburg vor nunmehr vier Jahren ein von der VolkswagenStiftung gefördertes Forschungsprojekt initiiert. Im Rahmen des Projekts diskutierten auf einer gemeinsam mit dem Europa-Kolleg Hamburg und dem Walter Eucken Institut, Freiburg, 2006 durchgeführten Tagung Wissenschaftler aus Deutschland, Litauen, Polen, Russland und Tschechien das Zusammenspiel von Kultur, Institutionen und Integration. Die Beiträge dieses Workshops sind nun unter dem Titel „Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa“ in der Reihe „Kulturelle Ökonomik“ (Lit Verlag) erschienen.

In unserem eigenen, einleitenden Text zu den kulturellen Faktoren in wirtschaftlichen Transformationsprozessen bemühen wir uns, den Kulturbegriff anthropologisch zu fundieren. Unserer Ansicht nach sollte Kultur als das Resultat des fortlaufenden Zusammenwirkens von formellen und informellen Institutionen betrachtet werden. Im Hinblick auf die wirtschaftskul-

turelle Dimension der Transformationsprozesse, so meinen wir, ist es besonders erfolgversprechend, zwischen spezifischen kulturellen Vermächtnissen einerseits und dem sozialistischen Erbe andererseits zu unterscheiden, und für jedes einzelne Land zu untersuchen, wie diese Faktoren jeweils zusammenwirken. Denn unserer Auffassung nach kann die Wirtschaftskulturforschung nur so auch einen Beitrag zur Gestaltung von Wirtschaftspolitik leisten.

Heiko Pleines von der Bremer Forschungsstelle Osteuropa stellt den von ihm mitentwickelten Ansatz zur wirtschaftskulturellen Transformationsforschung vor. Dessen interdisziplinärer Charakter manifestiert sich bereits daran, dass die Bremer Forscher Wirtschaftskultur als „auf Wirtschaft bezogene (...) Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster einer sozialen Gruppe“ definieren. Damit stellt eine eher soziologisch als ökonomisch geprägte Kategorie den Ausgangspunkt der Überlegungen dar. Gleichzeitig ist sich Pleines mit der Mehrheit moderner Ökonomen einig, wenn er der Operationalisierungs- und Messbarkeit des Einflusses kultureller Faktoren große Bedeutung beimisst. Seine Fallstudien zur Korruption und zum Lobbyismus

belegen, wie ein solch empirisch orientierter Ansatz zur Versachlichung der Diskussion um die kulturelle Dimension wirtschaftlichen Wandels beitragen kann.

Der in der Schweiz tätige Ökonom Ivan Baron Adamovich stellt in seinem Beitrag „Do Constitutions Always Matter?“ das Konzept des Institutionentransfers, das in jüngster Zeit vermehrt auf die Wandlungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa angewendet wird, in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Die Grundidee besteht darin, dass importierte formelle Regeln nur dann wirksam werden können, wenn sie im Nährboden informeller Verhaltensbeschränkungen Wurzeln schlagen. Seine Analyse des Verhältnisses zwischen formellen Verfassungen und Verfassungswirklichkeit in ausgewählten Ländern Ostmittel- und Osteuropas führt Adamovich zu dem Schluss, dass identische formelle Regeln zum Teil ganz unterschiedliche Wirkungen haben. Um die Konsequenzen der Übernahme formeller Regelsysteme besser prognostizieren zu können, so lautet sein Fazit, sollten Ökonomen bei der Analyse der Ausgangsbedingungen vermehrt die soziologische und politische Dimension einbeziehen.

Einer ähnlichen Fragestellung geht Adam Geršl (Tschechische Nationalbank und Karlsuniversität Prag) in seinem Aufsatz über den Einfluss der EU-Beitrittsverhandlungen auf formelle und informelle Institutionen in der Tschechischen Republik nach. Zwar habe die EU, so seine These, die formellen Regeln in den Beitrittsländern wesentlich beeinflusst. Sie habe aber kaum Einfluss auf die informellen Institutionen ausüben können, die für die Durchsetzung formeller Regeln von entscheidender Bedeutung seien. Für die Tschechische Republik lasse sich zeigen, dass der von der EU ausgeübte externe Druck nicht ausgereicht habe, um die importierten formellen Regelwerke auch durchzusetzen. Vor allem die überlieferten Korruptionspraktiken hätten dem im Wege gestanden. Gleichwohl ist Geršl zuversichtlich, dass in der längeren Frist eine Angleichung der in-

formellen an die formellen Institutionen zu erwarten ist.

Polen sei, so zitiert Piotr Pysz (Universität Bialystok) den Schriftsteller Witold Gombrowicz, immer ein Land zwischen Ost und West gewesen, weshalb es dort nie einen richtigen Kapitalismus gegeben habe. Aber auch ein richtiger Sozialismus, fügt Pysz hinzu, sei in Polen nie verwirklicht worden. Der Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen das oktroyierte sowjetische Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell habe vielmehr zum Entstehen einer sozialistischen Mischordnung geführt. Diese sei zwar für den Übergang zur Marktwirtschaft zunächst von unschätzbarem Vorteil gewesen. Doch mache sich das Erbe der Mischordnung heute auch negativ bemerkbar, weil es die Durchsetzung eines konsequenten marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens erschwere. Der Erfolg der populistischen Wahlversprechen der heutigen rechts-nationalen Regierung müsse nicht zuletzt in diesem Kontext gesehen werden.

In der wirtschaftskulturellen Transformationsforschung erfreut sich die Unterscheidung zwischen den „lateinischen“ (d. h. protestantischen und katholischen) und den „orthodoxen“ Gesellschaften Ostmittel- und Osteuropas großer Beliebtheit. Zenonas Norkus von der Universität Vilnius zeigt in seinem Beitrag, wie lohnend es sein kann, hier genauere Differenzierungen vorzunehmen. Er untersucht das signifikante wirtschaftliche Nord-Südgefälle innerhalb des Baltikums unter Rückgriff auf Max Webers Überlegungen über den Zusammenhang zwischen Protestantismus und Kapitalismus. Sein Fazit lautet, dass sich eine kulturelle Hypothese, nämlich der

positive Einfluss des so genannten Herrnhutertums, einer Unterströmung des Pietismus, die sich im 18. Jahrhundert in Estland und Livland ausbreitete, empirisch besser bewährt als rein ökonomische Erklärungsansätze.

Claudia Dathe und Uwe Dathe, die für mehrere Jahre in der Ukraine lebten und forschten, zeigen in ihrem Beitrag über „Kulturelle Faktoren im Ukrainischen Transformationsprozess“, wie fruchtbar die Methode der „partizipierenden Beobachtung“ für die wirtschaftskulturelle Transformationsforschung sein kann. Denn häufig seien es weniger die „großen“ Ereignisse, sondern „Randbegebenheiten, die tief ins politische Denken (...) der Akteure blicken lassen“ und so auch Aufschlüsse über zukünftige Entwicklungen ermöglichen. Die kulturelle Fragmentierung der Ukraine sei vor allem auf die Heterogenität der kulturellen Einflüsse zurückzuführen. Gerade auf dem Gebiet der Bildungspolitik, das für den Transformationsprozess von entscheidender Bedeutung sei, könne vor allem ein intensivierter personeller und gedanklicher Austausch mit Westeuropa erheblich zur Verfestigung demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen beitragen.

Das entscheidende Dilemma der russischen Transformation, so der Ökonom vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen Moskau, Vladimir Gutnik, liege darin, dass eine grundlegende Entscheidung über die anzustrebende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bis auf den heutigen Tag ausstehe. Die Reformer der frühen 1990er Jahre hätten der wirtschaftlichen Liberalisierung eindeutig Vorrang vor politischen Reformen eingeräumt. In der heutigen Regierung unter Wladimir Putin herrsche eine eigentümliche Mischung aus liberalen ökonomischen und anti-liberalen eurasischen politischen Ideen vor. Notwendig sei heute eine „neue Aufklärung“, um die Einsicht zu verbreiten, dass politische und wirtschaftliche Freiheit nur gemeinsam zu verwirklicht sind. Hierfür komme dem Dialog mit der EU eine entscheidende Bedeutung zu.

LITERATUR

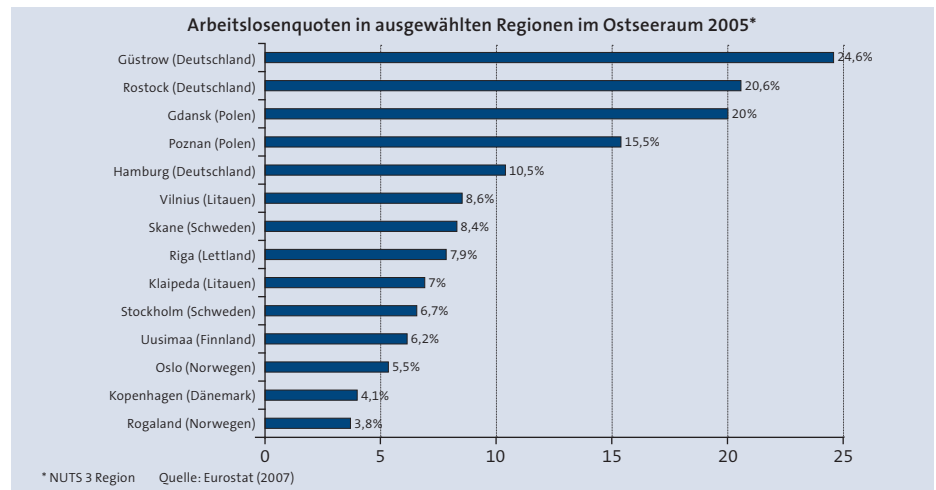
Nils Goldschmidt, Joachim Zweynert (Hrsg.): Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa. Lit Verlag Münster, Hamburg, Dezember 2006. (Reihe: Kulturelle Ökonomik, Band 6)

Arbeitskräftemobilität im Ostseeraum

Die Arbeitsmarktintegration in der EU wird nach wie vor durch Grenzhemmnisse, welche die Mobilität des Faktors Arbeit behindern, geprägt. Ein besonders bedeutsames Hindernis hierfür stellt die fehlende Anerkennung von Berufsabschlüssen von Arbeitsmigranten dar. Ein Projekt, welches das HWWI in Kooperation mit dem Hanse-Parlament, Hamburg, im Rahmen des EU-Leonardo da Vinci-Programms bearbeitet, hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Arbeitsmarktintegration in der Ostseeregion im Hinblick auf die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu verbessern. *Von Silvia Stiller und Jan Wedemeier*

Die Lissabon Strategie 2010 sieht die Erhöhung der Mobilität in der EU als eine der Voraussetzungen an, um Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen. Gegenwärtig sind gerade einmal 1,5% der EU-15 Bevölkerung in einem anderen als ihrem Geburtsland berufstätig. Auch die Quote der Grenzpendler in der EU ist sehr gering: sie betrug nur 0,2% bis 0,3% aller Erwerbstätigen in der EU-15 im Jahr 2000. Angesichts des demographischen Wandels und der Gefahr eines hieraus resultierenden Fachkräftemangels in vielen europäischen Ländern hat die Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktintegration eine hohe Bedeutung für die Stärkung der Entwicklungspotentiale von Wirtschaftsregionen. Dies gilt auch für den Ostseeraum. Die ausgeprägten Disparitäten der Arbeitslosenquoten weisen darauf hin, dass sich Arbeitskräften in unterschiedlichen Ländern im Ostseeraum gegenwärtig ganz unterschiedliche Möglichkeiten bieten (s. Grafik). Diese können sie umso besser realisieren, je geringer die Hindernisse für Arbeitskräfte sind, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen.

Eine der Ursachen für die geringe Arbeitskräftemobilität ist die fehlende gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen der EU-Länder. Mit dieser Ursache befasst sich das vom Hanse-Parlament (www.hanse-parlament.de) initiierte Projekt „Baltic Education“, welches zur Verbesserung der Bedingungen für die Wanderung von Arbeitskräften im Ostseeraum beitragen und die Reduktion von Intra-EU-Mobilitätshemmnissen unterstützen soll. An der Pilotphase des Projekts partizipieren die Regionen Danzig, Hamburg, Pori und Vilnius. Im Anschluss, ab November 2007, wird das Projekt Re-



gionen in Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden sowie Norwegen umfassen. Das Projekt ist länderübergreifend konzipiert und verfolgt die folgenden spezifischen Ziele: 1) Entwurf eines „Baltic Sea Region Qualification-Framework (BSR-QF)“, mit der Absicht, eine vergleichende kompetenzorientierte Beschreibung der Ausbildungsabschlüsse in den an dem Projekt beteiligten Ländern zu erreichen. 2) Entwicklung und Anwendung eines „European Credit (Transfer) System for Vocational Education and Training“ (ECVET) für den Ostseeraum, das dem „European Credit and Transfer System“ (ECTS) für den akademischen Bereich ähnlich ist. 3) Stärkung der Nutzung des „Europasses“, in dem die im In- und Ausland gesammelten

Erfahrungen von Arbeitskräften dokumentiert werden.

Das Globalziel der Einführung und Nutzung des Europasses, des BSR-QF und des ECVET ist es, Transparenz, Vergleichbarkeit und Transferierbarkeit von Berufsausbildungsabschlüssen zu erreichen, dadurch die Mobilität von Arbeitskräften zu erhöhen und die grenzüberschreitende Integration zwischen den Ländern im Ostseeraum zu vertiefen. Generell dürfte die Qualität der Berufsausbildung von länderübergreifender Ausbildung profitieren. Personen mit Auslandserfahrungen weisen erweiterte kulturelle und gesellschaftliche Kompetenzen auf. Dies ist aus ökonomischer Perspektive positiv zu bewerten, weil die Verbesserung des sozialen und kulturellen Kapitals der Arbeitskräfte sich ihrerseits positiv auf Kreativität, Problemlösung, Innovationen und Produktivität auswirken kann. Dies kann auch positiven Einfluss auf die Entwicklung der Ostseeregion haben, in der kulturelle Vielfalt ein spezifisches, wertvolles Standortmerkmal ist. Zudem trägt der grenzübergreifende Einsatz von Arbeitskräften zur Intensivierung von grenzüberschreitenden Unternehmenskooperationen bei.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

European Commission (2004): European Credits Transfer System for Vocational Education and Training (ECVET), Principles and reference framework for implementation, Brüssel.

A. Niehuhr, S. Stiller (2006): Integration and labour markets in European border regions. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 39, H. 1, S. 57-76.

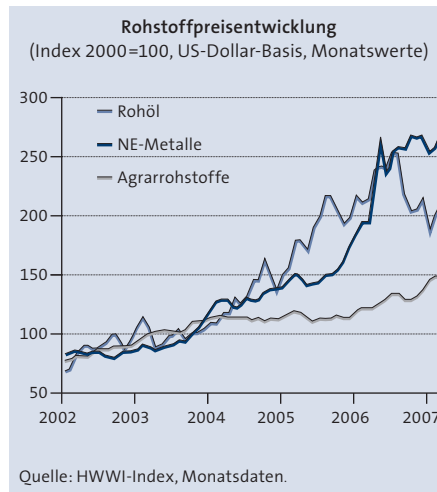
Rohstoffe bleiben teuer

Der Aufwärtstrend bei den Rohstoffpreisen, der vor fünf Jahren begann, hält weiter an. Seit Beginn des vergangenen Jahres erhöhte sich der HWWI-Rohstoffpreisindex auf Dollarbasis um fast ein Fünftel; ohne Berücksichtigung von Energieträgern war die Zunahme sogar doppelt so stark. *Von Klaus Matthies*

Die Rohölpreise blieben auch nach dem Rückgang des Rekordniveaus im letzten Sommer hoch. Der Barrelpreis für Brentöl lag im letzten halben Jahr zumeist nahe der 60-Dollar-Marke. Die Sorge der OPEC-Länder, dass ein reichliches globales Ölangebot einen stärkeren Preisverfall in diesem Jahr zur Folge haben könnte, führte in den vergangenen Monaten zu Produktionseinschränkungen. Dies stützte die Ölpreise. Ende März, als die Festnahme mehrerer britischer Soldaten durch den Iran eine militärische Eskalation im Nahen Osten befürchten ließ, erhöhten sich die Spotnotierungen stärker. Anschließend sorgten niedrige Benzinvorräte in den USA dafür, dass die Ölpreise bei über 60 Dollar blieben.

Der Weltölverbrauch wird in diesem Jahr nach Schätzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) um 1,8% zunehmen. Der größte Teil der zusätzlichen Nachfrage kommt aus den Entwicklungsregionen, allein 30% aus China und weitere 20% aus dem Nahen Osten. Das Ölangebot der Förderländer außerhalb der OPEC wird weiter steigen, Förderausweitungen am Kaspischen Meer, in Afrika, Brasilien und Russland machen die rückläufige Produktion etlicher Ölfelder in der Nordsee, im Nahen Osten und in Mexiko mehr als wett. Der Bedarf an OPEC-Öl in diesem Jahr wird etwas über dem des vergangenen Jahres liegen, so dass die Mitgliedsländer ihre gegenwärtig niedrigere Förderung im Lauf des Jahres ausweiten müssten. **Das HWWI erwartet, dass die OPEC dem Rechnung trägt, so dass die Rohölpreise sich in der Nähe von 60 Dollar pro Barrel bewegen dürften. Im Fall größerer Lieferausfälle dürften die Preise allerdings deutlich höher liegen. Niedrigere Ölpreise könnten**

sich bei einer stärkeren Dämpfung des globalen Wirtschaftswachstums ergeben.



Die Preise für Industrierohstoffe erhöhten sich seit Beginn letzten Jahres um über 40%. Am deutlichsten war der Preisauftrieb an den Metallmärkten. Nicht-Eisen-Metalle verteuerten sich im Laufe des Jahres 2006 um die Hälfte. In diesem Jahr waren etliche Metallnotierungen zunächst rückläufig; später setzte sich der Anstieg jedoch fort. Der Umfang der Verteuerung seit Anfang letzten Jahres ist sehr unterschiedlich. Er reicht von 23% bei Aluminium bis zu 245% bei Nickel. Für

die teilweise extremen Preissteigerungen spielten neben einer verzögerten Anpassung der Rohstoffproduktion an die weiter steigende Nachfrage, vor allem aus China, auch spekulative Käufe eine Rolle. Im Vergleich zu Metallen haben sich agrarische Rohstoffe und Nahrungsmittel insgesamt wenig verteuert. Stärkere Preiserhöhungen gab es bei Getreide, vor allem bei Mais, sowie bei einigen pflanzlichen Ölen. Hier spielt die steigende Nachfrage für die – staatlich forcierte und subventionierte – Erzeugung von Biotreibstoffen eine zunehmend wichtige Rolle.

Bei dem erreichten hohen Niveau der meisten Rohstoffe und der Aussicht auf eine etwas verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft ist zu erwarten, dass die Zunahme der Nachfrage nach Rohstoffen sich verlangsamt. Zudem bestehen starke Anreize zur Ausweitung des Rohstoffangebots. Dies dürfte den Preisanstieg bei Industrierohstoffen dämpfen. Doch selbst wenn die Preise in diesem Jahr nicht weiter steigen, läge der Indexwert für Industrierohstoffe in US-Dollar im Jahr 2007 aufgrund des jetzt erreichten Niveaus bereits um 15% höher als im letzten Jahr, nach einem Anstieg im Jahr zuvor um ein Drittel. Dabei birgt das große Interesse nichtkommerzieller Akteure an Rohstoffen das Risiko größerer Korrekturen nach unten in sich. Andererseits können sich deutlich höhere Preise ergeben, wenn der Rohstoffhunger der Entwicklungsländer und vor allem Chinas größer ist als angenommen, oder wenn sich die Ausweitung der Produktionskapazitäten bei den Rohstoffanbietern verzögert.

Aktuelle Monatsdaten und weitere Informationen unter www.hwwi.org (HWWI-Rohstoffpreisindex).